



Dr. Harald Terpe

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obmann im Gesundheitsausschuss
Drogen- und suchtpolitischer Sprecher
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Harald Terpe, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Berlin

Dr. Harald Terpe
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 7 45 39
Fax: (030) 227 – 7 66 57
Email:
harald.terpe@bundestag.de

Wahlkreis

Dr. Harald Terpe
Wismarsche Str. 3
18057 Rostock
Tel: (0381) 290 65 66
Fax: (0381) 290 65 68
Email:
harald.terpe@wk.bundestag.de

Berlin, 4. Mai 2016

Ihr offener Brief zu den Empfehlungen der Expertenkommission

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 20. Bundeskongresses,

vielen Dank für Ihr Schreiben. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz läuft am 31.12.2019 aus und der Bundestag war aufgefordert über die Zukunft der Behörde zu entscheiden. Bereits in der letzten Legislatur des Bundestages gab es Überlegungen, eine Expertenkommission einzusetzen, um Vorschläge für eine zukunftsfähige Struktur für die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der Bundesbehörde für Stasiunterlagen zu entwickeln.

Im Juli 2014 hat der Bundestag den Beschluss über die „Einsetzung einer Kommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)“ gefasst.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich sehr dafür eingesetzt, dass beim Einsetzungsbeschluss der Expertenkommission zur Zukunft der BStU folgende Zielsetzungen für eine künftige Struktur festgeschrieben werden:

- Erhalt des Gesamtbestandes der Akten der Staatssicherheit stellvertretend für viele vernichtete Aktenbestände der damaligen DDR
- Erhalt des unbürokratischen und niederschweligen Zugangs zu den Akten für die Bürgerinnen und Bürger,



Dr. Harald Terpe

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Erhalt der dezentralen Struktur mit Außenstellen und der authentischen Gedenkstätten
- Gewährleistung eines unbürokratischen Zugang für Antragsteller, die Rehabilitations- und Gewährung von Opferhilfe beantragen wollen, sowie der zügigen Bearbeitung dieser Ersuchen

In der Wendezeit haben viele Menschen in Ostdeutschland darum gekämpft, dass die regionalen Dienststellen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR besetzt werden. Unmittelbar mit der Sicherstellung erfolgte die Offenlegung der Akten und damit die Weichenstellung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Dies ist ein historisch beispielhafter Aufklärungsprozess in der deutschen Geschichte. Die Akten und vor allem deren Öffnung und die daraus folgende Aufarbeitungsarbeit in den Außenstellen und in Berlin in Zusammenarbeit mit den Institutionen der Bildungs- und Aufarbeitungslandschaft sind das Symbol für diesen international beispielhaften Prozess.

Der Erhalt des Gesamtbestandes und der Verbleib der jeweiligen Akten in den Ländern und in Berlin findet sich in den Empfehlungen der Expertenkommission wieder und wird von Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich begrüßt. Ein deutliches Votum für den langfristigen Erhalt der Akten und die Sicherung der regionalen Struktur sind Voraussetzungen für die sachverständige Fortführung der Aufarbeitungsarbeit zur SED-Diktatur.

Mit der Übergabe der Empfehlungen an den Bundestag hat der parlamentarische Prozess jetzt begonnen.

Am Mittwoch, den 27.04., fand ein Fachgespräch im Kulturausschuss des Bundestages statt zu dem eine große Anzahl von Experten eingeladen war und angehört wurde. Damit hat eine Öffnung des Diskurses zu den Vorschlägen der Kommission stattgefunden. Dies muss nun fortgeführt werden.



Dr. Harald Terpe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die geäußerten Anregungen aus dem Fachgespräch, noch folgenden Debatten und den schriftlichen Stellungnahmen werden in die weitere parlamentarische Diskussion einfließen.

Insbesondere werden notwendige Rahmenbedingungen, Praktikabilität und die möglichen Folgen des vorgeschlagenen Übergangs der Verwaltung des Aktenbestandes in das Bundesarchives genauestens geprüft und diskutiert werden müssen. Erst nach intensiver Abwägung der Chancen und der Risiken, insbesondere auch der Symbolik des Vorgangs wird es einen Richtungsbeschluss dazu geben können. Eine Umsetzung könnte erst nach sorgfältiger Vorbereitung und rechtlicher Prüfung und Installation der Rahmenbedingungen unter der Voraussetzung, dass der Aktenzugang in seiner bisherigen Form erhalten bleibt, erfolgen.

Zu der Frage eines verbesserten Umgangs mit den Anträgen der Opfer der SED-Diktatur enthalten die Empfehlungen keinerlei Vorschläge. Das ist unbefriedigend und wird diskutiert werden müssen.

Wir können Ihnen zusichern, dass es in der Fraktion eine intensive Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Expertenkommission geben wird, Expertisen zu strittigen Fragen in die Abwägung von Varianten einfließen und wir den öffentlichen Diskurs unterstützen werden.

Es grüßt Sie

Dr. Harald Terpe MdB